

N

NACHRICHTEN

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch

BERN

Schweizer Wirtschaft wächst kräftig

Die Schweizer Wirtschaft knüpft im vierten Quartal 2017 an das überdurchschnittliche Wachstum des Vorquartals an: Das Bruttoinlandprodukt (BIP) hat um 0,6 Prozent zugelegt. Das Wachstum sei breit abgestützt, teilte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gestern mit. «Seit dem letzten Sommer ist der Aufschwung deutlich», sagte Eric Scheidegger, beim Seco Leiter der Direktion für Wirtschaftspolitik. (sda)

BERN

Trinkwasser-Initiative kommt an die Urne

Das Schweizer Stimmvolk kann über die Trinkwasser-Initiative befinden. Von 114 322 eingereichten Unterschriften sind 113 979 gültig, wie die Bundeskanzlei gestern mitteilte. Die Initiative verlangt, dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe Subventionen erhalten, die auf den Einsatz von Pestiziden und vorbeugend verabreichte Antibiotika verzichten. (sda)

WASHINGTON

Trump kündigt Strafzölle für Stahl und Aluminium an

US-Präsident Donald Trump hat angekündigt, nächste Woche Strafzölle für Stahl- und Aluminiumimporte zu verhängen. Diese sollen 25 Prozent für Stahl und zehn Prozent für Aluminium betragen. Er werde die heimische Stahl- und Aluminiumindustrie wieder aufbauen. Diese sei von anderen Ländern unfair behandelt worden, so Trump. (sda)

BARCELONA

Puigdemont verzichtet auf Amt des Regionalpräsidenten

Der Anführer der katalanischen Separatisten, Carles Puigdemont, verzichtet auf das Amt des Regionalpräsidenten. «Ich werde nicht für das Amt kandidieren», teilte er gestern Abend mit. Puigdemont war im Oktober von der spanischen Justiz als Regionalpräsident abgesetzt worden und setzte sich daraufhin nach Belgien ab. Bei einer Rückkehr nach Spanien droht dem 55-Jährigen die Festnahme wegen Aufruhrs und Rebellion. (sda)

INSERAT

Albin Kistler
Vermögensverwaltung für Private
& Asset Management



FLIEGEN
können wir nicht.

albinkistler.ch

Den Medien glaubt er längst kein Wort mehr

Auch wenn No Billag wohl abgelehnt wird: Die Tatsache, dass die Medienbranche monatelang zittern musste, ist Ausdruck ihres Glaubwürdigkeitsverlusts. Und da kommt This Bürge ins Spiel.

von Dennis Bühler

This Bürge ist zuversichtlich, allen offiziellen Umfragen zum Trotz: Noch zwei Mal schlafen, bis die Stimmbevölkerung die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren beschliesst. Es gehe ihm dabei um mehr als den Jahresbeitrag von bisher 451 und künftig 365 Franken, sagt er mit Nachdruck. «Es geht um die Überwindung des Faschismus, um Frieden auf der Welt.»

In den Augen Bürges ist die SRG ein Propagandavehikel der Nato, die weltweit illegale Kriege führe. Wie alle «Mainstream-Medien», zu denen Bürge auch die «Südostschweiz» zählt, manipulierte sie subtil die Meinungsbildung. Zeitungen, Radio, Fernsehen: Der 60-jährige St. Galler hält sie allesamt für gleichgeschaltet. Deshalb informiert er sich via Twitter, wo er selbst Meldungen der NachDenkSeiten oder von KenFM verbreitet – Websites, die Experten als verschwörungstheoretisch bezeichnen. «Aus solchen Etikettierungen spricht Hilflosigkeit», sagt Bürge. Auch dem vom russischen Staat finanzierten RT vertraut er mehr als den hiesigen Medien.

Soll man einem wie Bürge eine Plattform geben? Die «Südostschweiz» hat sich lange mit dieser Frage auseinandergesetzt – und sich aus zwei Gründen für ein Ja entschieden. Zum einen war Bürge der Erste, der politisch gegen die Billaggebühren mobil gemacht hat. Zum anderen steht er stellvertretend für einen immer grösser werdenden Kreis von Personen, die sich von den herkömmlichen Medien abwenden. Wer This Bürge porträtiert, porträtiert keine Einzelperson, er porträtiert ein Milieu.

«Irgendwann fällt die Zwangsgebühr!»

Doch der Reihe nach. 2011 lanciert der in der Öffentlichkeit bis dahin völlig unbekannt Bürge gemeinsam mit Familienmitgliedern eine Volksinitiative, die sich auf fünf Worte beschränkt: «Der Bund erhebt keine Empfangsgebühren.» Statt der erforderlichen 100 000 Unterschriften kommen nur deren 6000 zusammen. Bürge aber ist sich sicher: «Wie ein kleiner Schneeball immer grösser und grösser wird, wird die zweite Initiative erfolgreicher sein als die erste.» 2013 startet er den nächsten Versuch. Nun fordert er nicht mehr bloss die Aufhebung der Gebühren, sondern zusätzlich die Auflösung der SRG. Erneut scheitert er hochkant: Dieses Mal sind bis zum Ende der anderthalbjährigen Sammelfrist gut 10 000 Unterschriften eingegangen.

Bürge aber gibt nicht auf. «Irgendwann fällt die Zwangsgebühr!», lässt er sich zitieren. Ende 2017, Anfang 2018 scheint er dem Ziel nahe gekommen zu sein. Olivier Kessler, als Freiheitsfanatiker ein Bruder im Geiste, lässt mit seiner No-Billag-Initiative Politik und Medien den Atem stocken. Wie Bürge misstraut Kessler den Medien zutiefst. Schon 2015 schreibt er auf der Plattform Politnetz.ch, Journalisten verfolgten den Zweck, «Schweizer Stimmbürger zu manipulieren». Im zurückliegenden Abstimmungskampf lässt er mit Journalisten vereinbarte Treffen platzen, der «Basler Zeitung» untersagt das 31-jährige ehemalige SVP-Mitglied



Enttäuscht: This Bürge, der bei unserem Besuch unweit seiner Wohnung im St. Galler Guggeien-Quartier für den Fotografen posiert, informiert sich nur noch in alternativen Medien. Bild Alex Spichale

«Die westlichen Medien betrieben Propaganda für die Nato und schürten Hass gegen Russland, statt sich für Frieden einzusetzen.»

This Bürge
Ehemaliger Anti-Billag-Initiant

vor zwei Wochen gar die Publikation eines fixfertig produzierten Interviews.

Woher kommt dieses Misstrauen? Wie bei vielen, die gegen «Mainstream-Medien» wettern, steht auch bei Bürge der 2014 ausgebrochene Ukraine-Konflikt am Anfang der endgültigen Entfremdung. Westliche Medien hätten einseitig aus der Perspektive der Nato berichtet, kritisiert Bürge, dessen Schwägerin Ukrainerin ist und der sich auch deshalb als Insider fühlt. «Sie betrieben Propaganda für die Nato und schürten Hass gegen Russland, statt sich für Frieden einzusetzen.»

Abstimmung vom 4. März
No Billag

Im Fokus

Zwar relativierte die im vergangenen Herbst von der Medienforschungs- und Beratungsfirma Publi-com publizierte Mediabrands-Studie den Glaubwürdigkeitsverlust der Schweizer Medien. Insgesamt erweise sich das Vertrauen des Publikums in die von ihm genutzten Medienmarken trotz öffentlichen Diskussionen um «Fake News» und «Lügenpresse» als erstaunlich stabil, lautete das Fazit nach über 5000 Interviews.

Dennoch: Der von den Medien enttäuschte Bürge ist kein Einzelfall – dies zeigt ein Blick in die Online-Kommentarspalten. Und dies wird auch die voraussichtlich hohe Anzahl Ja-Stimmen zu No Billag in Erinnerung rufen. Auch wenn es nicht zur Annahme der Initiative reichen dürfte.

Neuer Ärger für Vincenz

Die Staatsanwaltschaft beantragt Untersuchungshaft für den Bündner Banker Pierin Vincenz.

von André Bissegger

Der ehemalige Raiffeisen-Chef und ehemalige Aduno-Verwaltungsratspräsident Pierin Vincenz soll in Untersuchungshaft. Dies hat die Zürcher Staatsanwaltschaft beantragt. Ein Haftrichter muss nun darüber entscheiden. Neben Vincenz hat die Staatsanwaltschaft III für Wirtschaftsdelikte auch für ein weiteres ehemaliges Mitglied des Aduno-Verwaltungsrats Antrag auf Untersuchungshaft gestellt. Die Oberstaatsanwaltschaft des Kantons Zürich bestätigte gestern eine Meldung des

«Tages-Anzeigers». Vincenz bestreitet die erhobenen Vorwürfe.

Ermittlungen laufen

Er war im Juni 2017 von seinem Posten bei Aduno zurückgetreten. Die Kreditkartengesellschaft gab dann im Herbst bekannt, dass sie die Geschäfte ihres ehemaligen Verwaltungsratspräsidenten unter die Lupe nehmen will – vor allem was gewisse Akquisitionen betrifft. Nun hat die Zürcher Oberstaatsanwaltschaft ein Verfahren wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung gegen Vincenz eröffnet (Aus-

gabe von gestern). Auslöser war eine Strafanzeige von Aduno vom Dezember 2017. Ermittelt wird aber nicht nur gegen den einst gefeierten Banken-Chef, sondern auch gegen vier weitere Personen aus seinem beruflichen Umfeld. Darunter befindet sich ein weiteres ehemaliges Verwaltungsratsmitglied.

Nachdem die Raiffeisen-Bank durch die Zürcher Justiz über das Strafverfahren informiert wurde, hat sie ebenfalls eine Strafanzeige gegen ihren ehemaligen Chef eingereicht. Die Bank will zudem in dem Verfahren als Privatklägerin auftreten. (sda)